

# Inhaltsverzeichnis

## **Netzwerkpartner**

<b>Bahnindustrie will Vorzug für EU-Produzenten</b> Die Presse vom 05.04.2018 (Seite 16)	Seite 2
<b>Bahn will EU-weit Bestbieterprinzip</b> Kronen Zeitung vom 05.04.2018 (Seite 6)	Seite 4
<b>Bahnindustrie will Konkurrenz aus China ausbremsen</b> Kurier vom 05.04.2018 (Seite 13)	Seite 6
<b>Bahnindustrie klagt über zunehmende Konkurrenz aus China</b> Wiener Zeitung vom 05.04.2018 (Seite 23)	Seite 8
<b>Bahnindustrie will bei Ausschreibungen 70 Prozent EU-Anteil</b> APA-Journal Engineering vom 04.04.2018	Seite 11
<b>Die Bahnindustrie verlangt faire Wettbewerbsbedingungen</b> Verkehr vom 13.04.2018 (Seite 12)	Seite 13
<b>Bahnindustrie will höheren EU-Anteil bei Vergaben</b> Wiener Wirtschaft vom 19.04.2018 (Seite 21)	Seite 15
<b>Bestbieter statt Billigbieter</b> Wirtschaftsnachrichten vom 09.04.2018 (Seite 53)	Seite 17

## Netzwerkpartner

*"Die Presse" vom 05.04.2018 Seite: 16 Ressort: Economist Österreich, Abend, Österreich, Morgen*

# Bahnindustrie will Vorzug für EU-Produzenten

Nur Anbieter mit Drittstaat-Anteil von unter 30 Prozent sollen zum Zug kommen.

Wien. Die heimische Bahnindustrie fordert, dass bei öffentlichen Ausschreibungen das Bestbieterprinzip verstärkt wird - also mindestens zwei andere Kriterien neben dem Preis berücksichtigt werden. Zudem sollten Angebote komplett ausgeschlossen werden, wenn mehr als 30 Prozent von außerhalb der EU stammen, sagte Manfred Reisner, Präsident des Verbandes der Bahnindustrie, am Mittwoch in einer Pressekonferenz in Wien.

Schon jetzt können in Übereinstimmung mit EU-Recht Angebote abgelehnt werden, wenn nicht zumindest die Hälfte innerhalb der EU produziert wurde. Diese "Kann"-Bestimmung soll in eine "Muss"-Bestimmung umgewandelt werden, wünscht sich Reisner - und sollte auf 70 Prozent EU-Anteil erhöht werden. In den USA gebe es bereits Regeln, wonach 70 Prozent aus den USA stammen müssen. Die Zielrichtung des Vorstoßes der Bahnindustrie ist China. Denn immer öfter treten asiatische Konkurrenten mit billigen Preisen gegen europäische Anbieter in die Ausschreibungsarena.

Kürzungen schmerzen nicht

Zufrieden ist Reisner, ebenso wie ÖBB-Chef Andreas Matthä, hingegen mit dem Finanzplan für die Bahn für die kommenden Jahre. Die Kürzungen seien "Jammern auf hohem Niveau", sagten beide. Über einen so langen Zeitraum "sind ein paar hundert Millionen Euro weniger egal". Das Bahngeschäft sei ein Projektgeschäft, da komme es immer wieder zu Verzögerungen. "Es hätte viel schlimmer kommen können", so Reisner.

Und auch Matthä verwies darauf, dass die neue Bundesregierung ja auch die Finanzmittel deutlich hätte kürzen können. Das vorgesehene Budget sei ein starkes Bekenntnis zur Bahn. Es komme zwar zu Verzögerungen, aber das System sei nicht infrage gestellt. Im Schnitt werde mit 2,3 Mrd. Euro pro Jahr in den kommenden sechs Jahren so viel investiert wie noch nie.

(APA)

## Weniger Arbeitslose in der Eurozone

Österreich liegt im EU-Ranking der Arbeitslosigkeit nur auf Platz zehn.

**Brüssel/Washington.** Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate ist im Februar in der Eurozone gegenüber dem Vormonat von 8,6 auf 8,5 Prozent zurückgegangen. Wie Eurostat am Mittwoch mitteilte, meldete Österreich im Februar eine Rate von 5,2 Prozent. Das bedeutet Platz zehn im EU-Ranking.

Im Februar 2017 betrug die Arbeitslosenrate im Euroraum noch 9,5 Prozent. In der EU lag sie im Februar bei 7,1 Prozent – gegenüber 7,2 Prozent im Jänner sowie 8,0 Prozent im Februar 2017. Aktuell ist dies die niedrigste Quote in der EU seit September 2008.

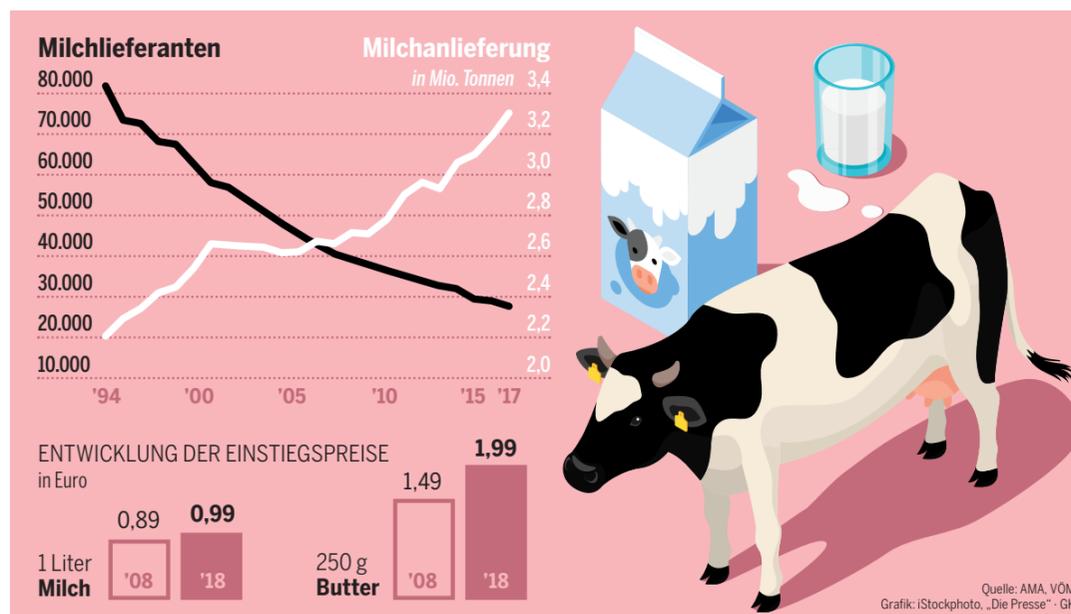
Die niedrigsten Raten meldeten im Februar Tschechien (2,4 Prozent), Deutschland und Malta (je 3,5 Prozent) sowie Ungarn (3,7 Prozent).

Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten Griechenland (20,8 Prozent) und Spanien (16,1 Prozent). Über ein Jahr betrachtet, fiel die Arbeitslosenquote in allen EU-Staaten mit Ausnahme von Estland.

Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Februar in der EU bei 15,9 Prozent und im Euroraum bei 17,7 Prozent, vor einem Jahr betrug sie noch 17,3 Prozent bzw. 19,4 Prozent. Die niedrigsten Quoten bei den unter 25-Jährigen verzeichneten Deutschland (6,2 Prozent), die Niederlande (7,2 Prozent) und Tschechien (7,5 Prozent), während die höchsten Quoten von Griechenland (45,0 Prozent), Spanien (35,5 Prozent) und Italien (32,8 Prozent) gemeldet wurden. In Österreich betrug die Jugendarbeitslosenrate im Februar 9,8 Prozent gegenüber 10,2 Prozent im Februar 2017.

### Mehr Jobs in den USA

Die US-Firmen haben im März überraschend viel Personal eingestellt. Insgesamt kamen 241.000 neue Stellen dazu, wie der Personaldienstleister ADP am Mittwoch auf Basis seiner monatlichen Umfrage mitteilte. Von Reuters befragte Experten hatten lediglich 205.000 erwartet. Im Februar gab es mit 246.000 einen noch etwas stärkeren Zuwachs. (red./ag.)



# Bauern in Alarmbereitschaft

**Landwirtschaft.** Die Milchindustrie freut sich über höhere Erträge. Doch von Entspannung redet noch keiner. Das Bauernsterben geht weiter.

**Wien.** 380.000 Tonnen. So viel Milchpulver wartet in Lagern quer über Europa auf Abnehmer. Die 380.000 Tonnen sind ein Überbleibsel der Milchkrise, die den Kontinent 2015 und 2016 packte. Sie wurden billig von der EU aufgekauft. Das war nur eine der vielen Aktionen, um die Überproduktion nach dem Fall der fixen Milchquote im Frühjahr 2015 in den Griff zu bekommen.

Der Streich gelang. Das wissen wir heute. Bekamen Österreichs Bauern auf dem Höhepunkt der Milchpreiskrise im Juli 2016 für konventionelle Milch ohne Heumilch- oder Biozuschlag nur mehr 27 Cent, waren es 2017 wieder 34 Cent und im Schnitt über alle Qualitätsklassen 37 Cent. Das zeigen die am Mittwoch präsentierten Daten der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM), die gut 90 Molkereien vertritt.

### Wie lang hält der Frieden?

Für ihren Präsidenten, Helmut Petschar, ist das kein Grund zum Jubeln, sondern eine „notwendige Korrektur“ nach den „ruinösen Preisen“ der Vorjahre. Und er warnt: Die gestiegenen Erträge könnten für die Bauern von kurzer Dauer gewesen sein. Schuld sind nicht nur die unsäglichen 380.000 Tonnen Milchpulver, die sich nicht losschlagen lassen und wie ein Damoklesschwert über dem europä-

ischen Markt hängen. Sondern auch der Teufelskreis, der die volatile Branche stets aufs Neue packt: Sinken die Abnahmepreise in der Krise, wird weniger geliefert – das wiederum führte im Vorjahr gepaart mit dem Comeback der Butter zu Verknappung. Ein Päckchen mit 250 Gramm Butter kostete im Herbst plötzlich 2,39 Euro – ein Jahr davor waren es 1,45 Euro. Das motivierte Produzenten in ganz Europa, mehr zu liefern. In Deutschland reagieren Molkereien bereits und zahlen wieder weniger. In Österreich helfen sich die ersten mit Mengenbeschränkungen, weil ihnen ihre Bauern allein im Jänner gut zehn Prozent mehr Milchkanister als im Vorjahresmonat vor die Tür stellten.

Wie aber helfen sich Österreichs Bauern? Zuerst muss man wissen: Immer weniger Betriebe liefern den Molkereien immer mehr Milch, daran ändern auch Krisen nichts. Waren es im Jahr des EU-Beitritts noch 81.900 Milchbauern, tun sich heute nur mehr 27.600 die Bewirtschaftung an. Dafür stieg die Milchmenge laut AMA in derselben Zeit von 27 auf 120 Tonnen pro Betrieb.

Allein von 2016 auf 2017 gaben gut 900 Milchbauern auf. Diejenigen, die übrig bleiben, haben ihre Höfe zu 80 Prozent in Gebirgslagen und halten im Schnitt nicht einmal 20 Kühe. Sie versuchen den topo-

grafischen Nachteil mit der Betonung auf Regionalität und Qualität auszugleichen. Außerdem steigen immer mehr auf Biomilch um. 16,4 Prozent der Milch aus Österreich ist bio, mehr als sonst irgendwo in der EU. Für Petschar ist der ausgerufenen Fokus auf Qualität inmitten des Auf und Ab bei den Preisen der einzige richtige Weg.

### Strukturwandel voll im Gange

Der Strukturwandel werde dennoch weitergehen, betont Petschar. Was man dagegen tun könne? Die Bauern brauchten faire Preise, „sonst finden sich keine Jungen, die den Hof übernehmen wollen“. An wen der Appell des Molkereien-Präsidenten gerichtet ist, ist klar: Wenige Handelsketten dominieren den Markt. Mit ihren Rabattaktionen und Eigenmarken sind sie Petschar ein Dorn im Auge. „Wenn ein Konzept funktioniert, bekommt der Hersteller nach wenigen Wochen die Aufforderung, es unter der Eigenmarke zu produzieren.“

In den Verhandlungen mit den Händlern erwartet sich die Milchwirtschaft wie bei der schärferen Herkunftskennzeichnung von importierten Konkurrenzprodukten Rückendeckung von der neuen Bundesregierung. Im Programm fänden sich diese und andere Versprechen. Nun hofft man auf eine rasche Umsetzung. (loan)

## Bahnindustrie will Vorzug für EU-Produzenten

Nur Anbieter mit Drittstaats-Anteil von unter 30 Prozent sollen zum Zug kommen.

**Wien.** Die heimische Bahnindustrie fordert, dass bei öffentlichen Ausschreibungen das Bestbieterprinzip verstärkt wird – also mindestens zwei andere Kriterien neben dem Preis berücksichtigt werden. Zudem sollten Angebote komplett ausgeschlossen werden, wenn mehr als 30 Prozent von außerhalb der EU stammen, sagte Manfred Reisner, Präsident des Verbandes der Bahnindustrie, am Mittwoch in einer Pressekonferenz in Wien.

Schon jetzt können in Übereinstimmung mit EU-Recht Angebote abgelehnt werden, wenn nicht zumindest die Hälfte innerhalb der EU produziert wurde. Diese „Kann“-Bestimmung soll in eine „Muss“-Bestimmung umgewandelt werden, wünscht sich Reisner – und sollte auf 70 Prozent EU-Anteil erhöht werden. In den USA gebe es bereits Regeln, wonach 70 Prozent aus den USA stammen müssen. Die Zielrichtung des Vorstoßes der Bahnindustrie ist China. Denn immer öfter treten asiatische Konkurrenten mit billigen Preisen gegen europäische Anbieter in die Ausschreibungsarena.

### Kürzungen schmerzen nicht

Zufrieden ist Reisner, ebenso wie ÖBB-Chef Andreas Matthä, hingegen mit dem Finanzplan für die Bahn für die kommenden Jahre. Die Kürzungen seien „Jammern auf hohem Niveau“, sagten beide. Über einen so langen Zeitraum „sind ein paar hundert Millionen Euro weniger egal“. Das Bahngeschäft sei ein Projektgeschäft, da komme es immer wieder zu Verzögerungen. „Es hätte viel schlimmer kommen können“, so Reisner.

Und auch Matthä verwies darauf, dass die neue Bundesregierung ja auch die Finanzmittel deutlich hätte kürzen können. Das vorgesehene Budget sei ein starkes Bekenntnis zur Bahn. Es komme zwar zu Verzögerungen, aber das System sei nicht infrage gestellt. Im Schnitt werde mit 2,3 Mrd. Euro pro Jahr in den kommenden sechs Jahren so viel investiert wie noch nie. (APA)

## Dieselsabatz bricht ein

Die Fahrverbotsdebatte zeigt in Deutschland Folgen.

**Düsseldorf.** Dieselaautos werden in Deutschland zu Ladenhütern. In den ersten drei Monaten des Jahres brach die Zahl der Neuzulassungen von Pkw mit Dieselmotor um 21 Prozent auf 283.800 Fahrzeuge ein, wie der Verband der internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK) am Mittwoch mitteilte.

Grund dafür dürften die Debatten über Abgase und Fahrverbote für Dieselaautos sein. Im Februar hatte das deutsche Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass Städte Fahrverbote für ältere Dieselmotoren verhängen dürfen.

Insgesamt wurden in Deutschland von Jänner bis März 879.000 Autos verkauft, um vier Prozent mehr als vor einem Jahr und so viele, wie seit 18 Jahren nicht mehr. (ag.)

**J.P.Morgan Asset Management**

**Bekanntmachung der Jahreshauptversammlung**

**JPMorgan Investment Funds**  
Die Versammlung wird an dem Ort und zu der Zeit abgehalten, wie in der rechten Spalte angegeben.

**Tagesordnung der Versammlung und Abstimmung durch die Anteilinhaber**

- Vorlage des Berichts der Wirtschaftsprüfer und des Verwaltungsrats für das vergangene Geschäftsjahr.
- Sollen die Anteilinhaber den geprüften Jahresbericht für das vergangene Geschäftsjahr genehmigen?
- Sollen die Anteilinhaber den Verwaltungsrat für die Erfüllung seiner Pflichten im vergangenen Geschäftsjahr entlasten?
- Sollen die Anteilinhaber die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder genehmigen?
- Sollten die Anteilinhaber die Ernennung von Susanne van Dootingh, die vom Verwaltungsrat mit Wirkung vom 15. Dezember 2017 als Ersatz für Jean Frijs kooptiert worden war, und ihre Wahl zum Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft bestätigen?
- Sollten Susanne van Dootingh, Peter Schwicht und Iain Saunders für 1 Jahr in den Verwaltungsrat wiedergewählt werden?
- Sollten John Li und Dan Watkins für 2 Jahre in den Verwaltungsrat gewählt werden?
- Sollten Massimo Greco und Jacques Elvinger für 3 Jahre in den Verwaltungsrat gewählt werden?
- Soll PricewaterhouseCoopers Société coopérative von den Anteilhabern erneut als ihr Wirtschaftsprüfer bestellt werden?
- Sollen die Anteilinhaber die Zahlung von Ausschüttungen, wie im geprüften Jahresbericht für das vergangene Geschäftsjahr ausgewiesen, genehmigen?

**DIE VERSAMMLUNG**  
Ort: Geschäftssitz des Fonds (siehe unten)  
Datum und Uhrzeit: Freitag, 27. April 2018 um 12.00 Uhr MEZ  
Quorum: Nicht erforderlich  
Tagesordnungspunkte zur Abstimmung: Tagesordnungspunkte werden durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen

**DER FONDS**  
Name: JPMorgan Investment Funds  
Rechtsform: SICAV  
Art des Fonds: OGAW  
Wirtschaftsprüfer: PricewaterhouseCoopers Société coopérative  
Eingetragener Sitz: 6, route de Trèves L-2633 Senningerberg, Luxemburg  
Fax: +352 2452 9755  
Handelsregisternummer (RCS Luxembourg): B 49.663  
Vergangenes Geschäftsjahr: 12 Monate bis zum 31. Dezember 2017

Anleger sollten sich stets vollständig im aktuellen Verkaufsprospekt, Stand Dezember 2017, informieren. Dieser ist kostenlos erhältlich bei JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Austrian Branch, Führichgasse 8, A-1010 Wien, der österreichischen Zahl- u. Informationsstelle UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6 - 8, A-1010 Wien, am eingetragenen Geschäftssitz des Fonds sowie auf der Website www.jpmanassetmanagement.at.

**J.P.Morgan Asset Management**

**Bekanntmachung der Jahreshauptversammlung**

**JPMorgan Liquidity Funds**  
Die Versammlung wird an dem Ort und zu der Zeit abgehalten, wie in der rechten Spalte angegeben. Alle Ernennungen, über die abgestimmt wird, gelten für eine Amtszeit, die mit der nächsten Jahreshauptversammlung endet.

**Tagesordnung der Versammlung und Abstimmung durch die Anteilinhaber**

- Vorlage des Berichts der Wirtschaftsprüfer und des Verwaltungsrats für das vergangene Geschäftsjahr.
- Sollen die Anteilinhaber den geprüften Jahresbericht für das vergangene Geschäftsjahr genehmigen?
- Sollen die Anteilinhaber den Verwaltungsrat für die Erfüllung seiner Pflichten im vergangenen Geschäftsjahr entlasten?
- Sollen die Anteilinhaber die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder genehmigen?
- Sollten die Anteilinhaber die Ernennung von Susanne van Dootingh, die vom Verwaltungsrat mit Wirkung vom 15. Dezember 2017 als Ersatz für Jean Frijs kooptiert worden war, und ihre Wahl zum Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft bestätigen?
- Sollen die folgenden Verwaltungsratsmitglieder in den Verwaltungsrat wiedergewählt werden? Iain Saunders, Jacques Elvinger, John Li-How-Cheong, Susanne van Dootingh, Massimo Greco, Peter Schwicht, Daniel Watkins
- Soll PricewaterhouseCoopers Société coopérative von den Anteilhabern erneut als ihr Wirtschaftsprüfer bestellt werden?
- Sollen die Anteilinhaber die Zahlung von Ausschüttungen, wie im geprüften Jahresbericht für das vergangene Geschäftsjahr ausgewiesen, genehmigen?

**DIE VERSAMMLUNG**  
Ort: Geschäftssitz des Fonds (siehe unten)  
Datum und Uhrzeit: Freitag, 27. April 2018 um 11.00 Uhr MEZ  
Quorum: Nicht erforderlich  
Tagesordnungspunkte zur Abstimmung: Tagesordnungspunkte werden durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen

**DER FONDS**  
Name: JPMorgan Liquidity Funds  
Rechtsform: SICAV  
Art des Fonds: OGAW  
Wirtschaftsprüfer: PricewaterhouseCoopers Société coopérative  
Eingetragener Sitz: 6, route de Trèves L-2633 Senningerberg, Luxemburg  
Fax: +352 3410 8855  
Handelsregisternummer (RCS Luxembourg): B 25 148  
Vergangenes Geschäftsjahr: 12 Monate bis zum 30. November 2017

Anleger sollten sich stets vollständig im aktuellen Verkaufsprospekt, Stand Dezember 2017, informieren. Dieser ist kostenlos erhältlich bei JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Austrian Branch, Führichgasse 8, A-1010 Wien, der österreichischen Zahl- u. Informationsstelle UniCredit Bank Austria AG, Schottengasse 6 - 8, A-1010 Wien, am eingetragenen Geschäftssitz des Fonds sowie auf der Website www.jpmanassetmanagement.at.

*"Kronen Zeitung" vom 05.04.2018 Seite: 6 Ressort: Wirtschaft Bgld, Ktn, Wi, N.Ö., O.Ö., Sbg, Stmk, Ti, Vbg*

Zahl der Billig-Importe aus China steigt

## Bahn will EU-weit Bestbieterprinzip

**Derzeit können öffentliche Auftraggeber Anbieter ausscheiden, wenn mehr als 50 Prozent des Produktes von außerhalb der EU kommen. Die Bahnindustrie fordert nun, dass aus der Kann- eine Muss-Bestimmung wird und der EU-Anteil auf 70 Prozent steigt.**

Grund für den Vorstoß sind chinesische Anbieter, die mit Billig-Preisen nach Europa drängen. Bahn-Sprecher Manfred Reisner: „Bei 90% der Vergaben zählt nur der Preis.“ Unterstützung kommt vom europäischen Branchenverband.

Mehr Mitsprache wünscht man sich auch bei der Klimastrategie – und zwar beim Güterverkehr, so ÖBB-Chef Andreas Matthä: „Die Bahn ist 15-mal klimafreundlicher als der Lkw.“ Mit 3,1 Mrd. € Umsatz zählt Österreichs Bahnindustrie zu den Top 5 weltweit, 20.000 Arbeitsplätze hängen daran. Zu den Mitgliedern zählen Siemens, Bombardier, Kapsch, Frequentis oder Liebherr.TS



**Die Kooperation** zwischen Wiener „LGV“-Gärtnerfamilien und den „Seewinkler Sonnengemüse“-Landwirten soll die Versorgung der Kunden mit Gemüsevielfalt aus Österreich weiter verbessern. Heuer gibt es u. a. Innovationen wie Snackgurken oder Mini-Paprika.

Foto: LGV

Zahl der Billig-Importe aus China steigt

# Bahn will EU-weit Bestbieterprinzip

Derzeit können öffentliche Auftraggeber Anbieter ausscheiden, wenn mehr als 50 Prozent des Produktes von außerhalb der EU kommen. Die Bahnindustrie fordert nun, dass aus der Kann- eine Muss-Bestimmung wird und der EU-Anteil auf 70 Prozent steigt.

Grund für den Vorstoß sind chinesische Anbieter, die mit Billig-Preisen nach

Europa drängen. Bahn-Sprecher Manfred Reisner: „Bei 90% der Vergaben zählt nur der Preis.“ Unterstützung kommt vom europäischen Branchenverband.

Mehr Mitsprache wünscht man sich auch bei der Klimastrategie – und zwar beim Güterverkehr, so ÖBB-Chef Andreas Matthä: „Die Bahn ist 15-mal klimafreundlicher als der Lkw.“ Mit 3,1 Mrd. € Umsatz zählt Österreichs Bahnindustrie zu den Top 5 weltweit, 20.000 Arbeitsplätze hängen daran. Zu den Mitgliedern zählen Siemens, Bombardier, Kapsch, Frequentis oder Liebherr. TS

## Löger: Regeln für Kryptowährung

Finanzminister Hartwig Löger will Kryptowährungen (Bitcoin) und digitalisierte Finanzprodukte („Fin Techs“) in geordnete Bahnen lenken. Dazu sammelt er Vorschläge für eine Regulierung, die zu einem neuen Gesetz führen sollen.

Erzeugerpreise 2017 um 19% auf 42,12 Cent/kg gestiegen

# Durchatmen bei Milchbauern

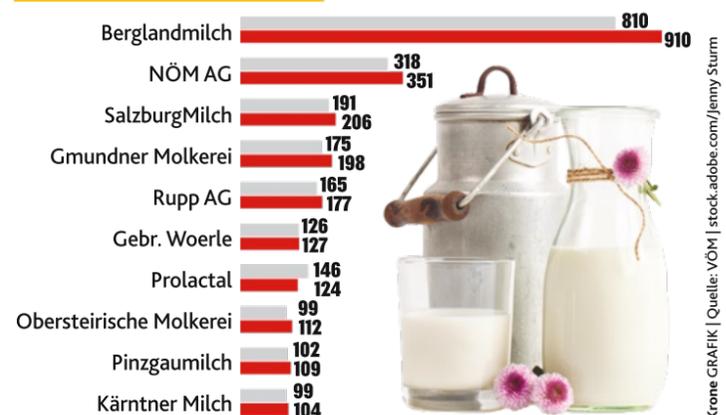
Nach den Krisenjahren 2015 und 2016 können die Milchbauern und -Verarbeiter wieder aufatmen. Aufgrund europaweit rückläufiger Anlieferungen und damit verbundenen Nachfragesowie Preissteigerungen (vor allem bei Butter) zahlten die Molkereien (s. Grafik) mit

rund 42 Cent/kg im Vorjahr einen deutlich höheren Preis. Der Umsatz stieg dadurch insgesamt um 10,2% auf rund 2,7 Milliarden €.

Ein gutes Jahr könne aber den Strukturwandel nicht aufhalten, so VÖM-Präsident Helmut Petschar. Dafür müsste nicht nur der Handel, sondern auch die Konsumenten loyaler zu den heimischen Produkten sein und weniger „Geiz ist geil“-Mentalität an den Tag legen, so der Sprecher. Seit dem EU-Beitritt sank die Zahl der Milchbauern von 82.000 auf zuletzt 27.500 – Tendenz weiter sinkend. Steigende Anlieferungen und hohe Milchpulvervorräte in der EU drücken jedenfalls heuer schon wieder kräftig auf die Preise. G. Hofbauer

## Die größten Molkereien Österreichs

Umsatz in Millionen Euro



Krone GRAFIK | Quelle: VÖM | stock.adobe.com/jenny Sturm

## Thomas Cook mit wenig Niki-Flügen

Der Reiseveranstalter Thomas Cook (Neckermann Reisen) nimmt Laudamotion-Flüge wieder aus dem Programm. Es wird offenbar befürchtet, dass der Flugbetrieb nicht garantiert werden kann. Etliche Kunden sind laut Medienberichten bereits auf den konzerneigenen Ferienflieger Condor umgebucht worden.



Foto: Yu Fangping

**Strafzölle von 25 %** wollen die USA und China gegenseitig auf Einfuhren in Höhe von je 50 Milliarden Dollar einheben. Diese Eskalation im Handelsstreit birgt enorme Gefahren für die Weltwirtschaft. Donald Trumps neuer Berater Larry Kudlow hält jetzt aber für möglich, dass die Zölle doch nicht kommen.

**LOTTO „6 aus 45“**  
 ZIEHUNG vom 04.04.2018  
 11 14 26 29 35 43 ZUSATZ-ZAHLE: 10  
 JOKER: 0 2 4 1 6 3  
**LOTTO PLUS**  
 4 5 20 38 41 43  
 (Alle Angaben ohne Gewähr)

## BUSINESS LINE

### FACC mit Rekord

Der Innviertler Flugzeugzulieferer FACC erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Rekordergebnis mit 750 Mio. € Umsatz und 62 Mio. € Gewinn. Bedeutende Neuaufträge wurden fixiert und eine Investitionsoffensive (100 Mio. €) gestartet.

Einigung im Gehaltsstreit: Mitarbeiter erhalten 2,76%

# Heimische Banken verdienen wieder so viel wie vor der Krise

Die heimischen Kreditinstitute haben im Vorjahr 6,6 Milliarden Euro verdient. Erstmals wurde wieder ein Wert erzielt wie 2007 vor der großen Finanzkrise. Seither hat sich allerdings das Eigenkapital der Banken verdoppelt. Somit ist das Risiko für die Steuerzahler geringer geworden, betont OeNB-Vorstand Andreas Ittner.

mit rund einer Milliarde Euro so tief sind wie schon lange nicht. Ittner, der Chef der Bankenaufsicht ist: „Sie werden natürlich wieder steigen, weil man sich in der Hochkonjunktur jene Kredite einkauft, die später zu Problemfällen werden.“ Derzeit sind nur 3,8% der Kredite „Not leidend“.

Die sogenannte „Kernkapitalquote“ hat sich von 8,1 auf 15,1 Prozent erhöht. Der Hauptgrund für die steigenden Gewinne sind aber die geringen Risikokosten (Vorsorgen für faule Kredite), die

Doch die operative Ertragskraft der Banken sei insgesamt noch zu schwach, sie müssten „ihre Hausaufgaben machen“ und die Effizienz verbessern, mahnt Ittner. Der Personalabbau fiel bisher nicht so kräftig aus wie prognostiziert, aktuell gebe es weiter 73.000 Beschäftigte in der Branche.

Diese haben sich nach langem Streit mit den Arbeitgebern auf eine durchschnittliche Erhöhung der Gehälter um 2,76% geeinigt. MS

© Andreas Ittner: Risikovor-sorgen steigen wieder .

Top-Zahler ist derzeit Santander mit 1,2%

## Zinsen bei „täglich fällig“

Trotz der anhaltenden Nullzinspolitik der Notenbanken lohnt es sich, die Angebote an Sparprodukten zu vergleichen. Topzahler ist aktuell hier für Neukunden die Santander Bank mit stolzen 1,2% p. a. täglich fällig („BestFlex“, fix auf vier Monate). Auf Platz zwei landet das Online-Sparen der Anadi Bank (1,01% ab 10.000

€), gefolgt von der Dada-Direktbank (Neukunden-Sparkonto, 1% p. a. auf vier Monate fix).



Deutlich über den aktuellen Durchschnittszinsen von 0,2% (ohne Bindung) liegen aber auch die Angebote von Addiko Bank und RCI-Banque (je 0,6%), Moneyou (0,55%) oder die Kommunalkredit (Invest Taggeld, 0,51%). GH



Foto: www.picturedesk.com/Michael Gruber

"Kurier" vom 05.04.2018 Seite: 13 Ressort: Wirtschaft Abend

Wettbewerb

## Bahnindustrie will Konkurrenz aus China ausbremsen

Höhere Hürden. Rechtzeitig zur Novelle des Bundesvergabegesetzes meldet die österreichische Bahnindustrie ihre Wünsche an. Ein großes Anliegen ist es, der stärker werdenden chinesischen Konkurrenz am europäischen Markt die Stirn zu bieten. "Es ist nicht im Interesse der Bahnindustrie und der Steuerzahler, Importe aus China zu unterstützen", sagt Manfred Reisner, Präsident des Verbands der Bahnindustrie.

Bisher können bei Ausschreibungen Angebote abgelehnt werden, wenn weniger als 50 Prozent in Europa hergestellt werden. Reisner will diesen Wert auf 70 Prozent gehoben sehen, außerdem solle aus der "Kann-" eine "Muss"-Bestimmung werden. Weiters soll das Bestbieterprinzip gestärkt werden, sagt Reisner weiter. Neben dem Preis sollen mindestens zwei Qualitätskriterien berücksichtigt werden.

Die Kürzungen des Finanzplans für die Bahn sind für Reisner ebenso wie für ÖBB-Chef Andreas Matthä kein Drama. Im Schnitt habe man in den nächsten sechs Jahren 2,3 Milliarden Euro pro Jahr, das sei mehr als in den vergangenen Jahren, so Matthä. Es käme dadurch zu Verschiebungen auf der Zeitachse, das System an sich werde dadurch jedoch nicht infrage gestellt. Viel wichtiger sei, dass die Regierung ein klares Bekenntnis zur Bahn abgegeben habe.  
TP

# Wer weniger verliert, gewinnt

**Handelskrieg.** Nächste Eskalationsstufe zwischen USA und China – Börsianer sind geschockt

**K** ANALYSE  
VON H. SILEITSCH-PARZER

Es sollte wohl beruhigend klingen: „Das ist nicht der Dritte Weltkrieg“, sagte Wirtschaftsminister Wilbur Ross über den Handelsdisput mit China. Schließlich seien nur 0,3 Prozent der US-Wirtschaftsleistung von den Vergeltungsmaßnahmen betroffen. Und so wie militärische Kriege stets mit Verhandlungen enden, könne es auch hier sein, beruhigte der Hardliner im Gespräch mit TV-Sender CNBC. Wann könne er freilich nicht sagen. Denn zuvor müsse China sein unfaires Verhalten ändern: Illegale Subventionen, Dumpingpreise und systematischer Patendiebstahl verstießen gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO.

Das werfen freilich auch die Asiaten ihrem Erzrivalen auf der anderen Pazifikseite vor: Die US-Strafzölle seien illegal, deshalb werde China vor das Welthandelsgericht ziehen und klagen.

So wird eine Lösung des Konfliktes immer schwerer absehbar. Und der Disput zwischen den USA und China schaukelt sich zum Handelskrieg auf; exakt so, wie alle Experten gewarnt hatten.

## Wie du mir, so ich dir

Allmählich wird es schwierig, im Hin und Her von Straf- und Vergeltungszöllen den Überblick zu bewahren. Den Anfang hatten Trumps Aufschläge für Alu- und Stahlimporte gemacht, auf die China vergleichsweise zurückhaltend reagiert hatte. Seit Mittwoch ist allerdings die nächste Stufe der Eskalation erreicht. Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer legte eine Liste mit 1333 chinesischen Produkten vor, die „schätzungsweise 50 Milliarden Dollar“

repräsentieren. Diese sollen bei der Einfuhr in die USA mit 25 Prozent Preisaufschlag belegt werden – nach rund eineinhalbmonatiger Begutachtungsfrist. Treffen sollen die Barrieren vor allem Chinas Hochtechnologie, darunter Industrie- und Maschinenbauteile, Medikamente, aber auch Konsumprodukte wie Flatscreen-TV oder Pkws und Autoteile.

## Trifft Trump-Wähler

Chinas Antwort erfolgte keine elf Stunden später. Die Vergeltungszölle sollen ebenfalls 50 Milliarden Dollar erreichen – darunter Autos, Flugzeuge oder Whiskey aus den USA. Besonders hart würden die Farmer getroffen: Die Chinesen wollen Sojabohnen, gefrorenes Rindfleisch, Baumwolle und andere Güter aus dem (mehrheitlich republikanischen) Agrargürtel von Iowa bis Texas mit Straftarifen belegen.

Ross kümmert das jedoch wenig. Er wiederholte Trumps Mantra: Die USA könnten den Handelskrieg gar nicht verlieren, weil sie schon jetzt um 380 Milliarden Dollar mehr Waren aus China einführen als sie exportieren. Stimmt. Sofern man denjenigen als „Gewinner“ sehen will, der weniger verliert.

Die verbleibende Hoffnung ist nun, dass die Zölle letztlich nur ein Drohmittel sind, um bessere Karten für Verhandlungen zu haben. Erst schießen, dann reden: Das kristallisiert sich als Trumps Taktik heraus. Pessimisten sehen dennoch keinen raschen Ausweg. Trump ist nämlich überzeugt, er könne das riesige US-Handelsdefizit abbauen, in dem er die Importe aus einzelnen Ländern verringert. Irrtum, kontern so gut wie alle Ökonomen: Die Verteuerung von Importen werde letztlich nur



2016 verschifften die USA Sojabohnen im Wert von etwa einer Milliarde US-Dollar nach China

auf die US-Verbraucher zurückfallen. Das Defizit werde so nicht abgebaut, weil sich die Warenströme auf andere Länder verlagern.

## Wie wär's mit sparen?

An der Wurzel des US-Defizits sehen Experten vielmehr, dass die USA seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse leben. Sie verschulden sich gegenüber dem Rest der Welt. Weniger Konsum, dafür mehr Sparsamkeit könnte die Bilanz ins Lot bringen. Die

Trump-Regierung tut aber das genaue Gegenteil: Radikale Steuersenkungen und Infrastrukturausgaben werden das Budgetdefizit auf 4,5 Prozent der Wirtschaftsleistung anschwellen lassen.

Der sture Kurs der Machtpolitiker Donald Trump und Xi Jinping macht zudem ein Einlenken ohne Gesichtswahl politisch fast unmöglich. China habe noch nie Druck von außen nachgegeben, betonte Vize-Finanzminister Zhu Guangyao in Peking.

Keine guten Aussichten für Investoren. Börsenrekorde kann Trump jedenfalls schon länger nicht mehr als Beleg für tolle Wirtschaftspolitik zitieren, denn seit Mitte Jänner geht es bergab. Am Mittwoch reagierten die Börsianer geschockt. Der breite US-Index S&P500 startete ein Prozent im Minus. Von Strafzöllen bedrohte Firmen litten besonders – die Aktie von Flugzeugbauer Boeing verlor 4,2 Prozent, der Chiphersteller AMD 2,7 Prozent.

## SANKTIONEN-ANGST

### Oberbank legt Geschäfte mit dem Iran auf Eis

**Gestoppt.** Vor einem Jahr herrschte noch Euphorie: Der Iran wurde nach der teilweisen Aufhebung der Sanktionen als neuer, großer Markt gesehen. Und die Oberbank wollte mit Finanzierungen für Iran-Geschäfte ganz vorne mit dabei sein. Oberbank-Chef Franz Gasselsberger ist es sogar gelungen, mit der Iranischen Zentralbank ein Rahmenabkommen für Kontrollbank abgesicherte Finanzierungen abzuschließen.

Dann aber verschärfte US-Präsident Donald Trump seine Gangart gegenüber dem Iran. An das in Wien geschlossene Atomabkommen mit dem Land fühle die USA sich nicht gebunden, die Sanktionen würden aufrecht bleiben. Um geschäftliche Probleme zu verhindern, musste Gasselsberger die Notbremse ziehen und hat „neue geschäftspolitische Grundsätze hinsichtlich des Iran-Geschäfts“ festgelegt. Diese besagen: Keine Finanzierungen im Rahmen des Kontrollbank-Übereinkommens; Zahlungsverkehr und Akkreditivgeschäfte mit dem Iran werden für Neukunden nicht mehr angeboten; keine Geschäftsbeziehungen mit Firmen oder Privatkunden mit Sitz im Iran oder mit wirtschaftlichem Eigentümer aus dem Iran.

## WETTBEWERB

### Bahnindustrie will Konkurrenz aus China ausbremsen

**Höhere Hürden.** Rechtzeitig zur Novelle des Bundesvergabegesetzes meldet die österreichische Bahnindustrie ihre Wünsche an. Ein großes Anliegen ist es, der stärker werdenden chinesischen Konkurrenz am europäischen Markt die Stirn zu bieten. „Es ist nicht im Interesse der Bahnindustrie und der Steuerzahler, Importe aus China zu unterstützen“, sagt Manfred Reisner, Präsident des Verbands der Bahnindustrie.

Bisher können bei Ausschreibungen Angebote abgelehnt werden, wenn weniger als 50 Prozent in Europa hergestellt werden. Reisner will diesen Wert auf 70 Prozent gehoben sehen, außerdem solle aus der „Kann“-eine „Muss“-Bestimmung werden. Weiters soll das Bestbieterprinzip gestärkt werden, sagt Reisner weiter. Neben dem Preis sollen mindestens zwei Qualitätskriterien berücksichtigt werden.

Die Kürzungen des Finanzplans für die Bahn sind für Reisner ebenso wie für ÖBB-Chef Andreas Matthä kein Drama. Im Schnitt habe man in den nächsten sechs Jahren 2,3 Milliarden Euro pro Jahr, das sei mehr als in den vergangenen Jahren, so Matthä. Es käme dadurch zu Verschiebungen auf der Zeitachse, das System an sich werde dadurch jedoch nicht infrage gestellt. Viel wichtiger sei, dass die Regierung ein klares Bekenntnis zur Bahn abgegeben habe. – TP

## LANDWIRTSCHAFT

# Erzeuger-Milchpreise mit sinkender Tendenz

**Hohe Lagerbestände.** Viel Milchpulver wartet auf Käufer. 2017 war ein gutes Jahr mit steigenden Einkommen für die Bauern

Die Lagerbestände der EU sind gut gefüllt. Etwa 380.000 Tonnen Milchpulver warten auf Käufer. Als 2015 und 2016 die Erzeugermilchpreise im Keller waren, hat die EU große Mengen Milch gekauft, um die Preise und damit die bäuerlichen Einkommen zu stabilisieren.

Doch das Milchpulver muss irgendwann verkauft werden. Allein der mögliche Abverkauf der Lagerbestände „drückt auf den Preis“, weiß Helmut Petschar, Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM). Die EU hat im vergangenen Jahr keine Interventionenkäufe getätigt. Die Milchliefermenge ist daher gestiegen, was bereits für leicht sinkende Erzeugerpreise sorgt.

Ob die Konsumenten davon etwas mitbekommen, ist nicht sicher. Eine Änderung der Erzeugerpreise muss

nicht notwendigerweise eine Änderung der Preise für die Konsumenten bedeuten. Vor allem wenn die Erzeugerpreise sinken.

Grundsätzlich war 2017 ein gutes Jahr für die Milchbauern. Die Erzeugerpreise sind um 19 Prozent von 35,41 Cent pro Kilogramm auf 42,12 Cent gestiegen.

Die Preise entwickelten sich gemäß den Liefermengen. Wenn viel Milch an die Molkereien geliefert wird, sinken die Kilo-Erzeugerpreise. Man kann dann auch trotz Mehrproduktion weniger verdienen.

## Mehr Butter

Außerdem ist das mit der Milchverarbeitung nicht so einfach. Weil die Butterpreise deutlich gestiegen sind, wurde mehr Butter erzeugt. Wird der Milch ein Großteil des Fettes entzogen, bleibt Magermilch übrig. Diese

## GRÖSSTE MOLKEREIEN

Umsatz 2017 in Millionen Euro, Veränderung zu 2016

Berglandmilch	910 (+12,3%)
NÖM	351 (+10,4%)
SalzburgMilch	206 (+7,9%)
Gmundner Molkerei	198 (+13,1%)
Rupp	177 (+7,3%)
Gebrüder Woerle	127 (+0,8%)
Prolactal	124 (-15,1%)
Obersteirische Molkerei	112 (+13,1%)
Pinzgaumilch	109 (+6,9%)
Kärntnermilch	104 (+5,1%)

KURIER Grafik: Tichy

Quelle: APA, VÖM, AMA

kann man für Leicht-Joghurts oder für Magermilchpulver verwenden. Derzeit werden 25 Prozent der in Österreich verbrauchten Butter importiert.

Ein Großteil der Milchverarbeitenden Betriebe sind Genossenschaften und daher im Eigentum der Milchbauern, die somit selbst bestimmen, wie hoch ihr Milch-

geld ist. Die deutlichen Steigerungen bei den Umsätzen sind für die meisten Molkereien ein Durchgangsposten. Bezahlt der Handel mehr für Milchprodukte, dann steigen auch die Erzeugermilchpreise. Den Molkereien bleibt nicht viel übrig. Der Gewinn der Milchverarbeiter vor Steuern betrug im vergangenen Jahr lediglich 1,4 Prozent vom Umsatz.

## Kleine Betriebe

Es gibt viele Gründe dafür, warum Molkereiprodukte aus Österreich teurer sind als Importe. Dazu gehört die kleinteilige Struktur der heimischen Landwirtschaft. Die Sammelkosten für die Milch sind etwa in Norddeutschland um 80 Prozent niedriger als in Österreich. Dafür sind die Qualitätsstandards der heimischen Milchwirtschaft höher als im Ausland.

– ANDREAS ANZENBERGER

"Wiener Zeitung" Nr. 067 vom 05.04.2018 Seite: 23 Ressort: Unternehmen Wiener Zeitung

## Bahnindustrie klagt über zunehmende Konkurrenz aus China

### **Branche fordert Nachschärfung des Bestbieterprinzips: Bei Ausschreibungen sollten Angebote 70 Prozent EU-Anteil haben.**

Wien. (kle) Die heimische Bahnindustrie sieht sich mehr und mehr von chinesischer Konkurrenz bedrängt. Dies stelle die Branche vor „enorme Herausforderungen“, betonte Verbandspräsident Manfred Reisner am Mittwoch. Gut 20.000 Arbeitsplätze, die ihr direkt und indirekt zuzurechnen seien, stünden auf dem Spiel. Ein dringliches Anliegen der Bahnindustrie zielt daher auf die Nachschärfung des seit März 2016 bestehenden Bestbieterprinzips. Zumal gerade der öffentlichen Hand als Auftraggeber besondere Bedeutung zukomme, so Reisner.

Aus Sicht der Branche wird das Bestbieterprinzip – also die Vergabe an das qualitativ beste und nicht unbedingt kostengünstigste Angebot – noch nicht ausreichend umgesetzt. Konkret fordert die Bahnindustrie, die mit mehr als 9000 Beschäftigten jährlich 3,1 Milliarden Euro erlöst, einen EU-Wertschöpfungsanteil von zumindest 70 Prozent. Somit sollten Angebote im Zuge eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens ausgeschieden werden, wenn der außereuropäische Wertschöpfungsanteil bei mehr als 30 Prozent liegt. „Es geht darum, Produktion und Wertschöpfung langfristig in Europa – respektive Österreich – zu halten“, sagte Reisner vor Journalisten. Die USA hätten bereits Regelungen, wonach der US-Anteil bei öffentlichen Aufträgen 70 Prozent betragen muss.

#### Kann-Bestimmung zahnlos

Die aktuelle Forderung der Bahnindustrie ist freilich als protektionistisch einzustufen. Ob der Gesetzgeber dabei mitspielen würde, ist unklar. Derzeit ist es so, dass in Österreich in Übereinstimmung mit EU-Recht Angebote abgelehnt werden können, wenn der europäische Wertschöpfungsanteil unter 50 Prozent liegt. Wobei dies jedoch nur eine Kann-Bestimmung und keine Muss-Bestimmung sei, wie Reisner zu bedenken gab. Die Bahnindustrie drängt daher nicht nur auf eine Ausweitung des EU-Anteils auf 70 Prozent, sondern auch darauf, dass der Artikel 270 im österreichischen Bundesvergabegesetz zu einer Muss-Bestimmung umformuliert wird.

Ihre breit gefasste Produktpalette reicht unter anderem von Schienen und Weichen über elektrische Antriebe, Fahrwerke, Reisezugwagen, U-Bahn- und Straßenbahnzüge bis hin zu Sicherheits-, Leit- und Kommunikationssystemen. Schlüsselkunden sind die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und die Wiener Linien. Laut Reisner beträgt die Exportquote 70 Prozent des Umsatzes. Bei der Ausfuhr bahnbezogener Schienenfahrzeuge und zugehöriger Ausrüstungen sei Österreich damit weltweit auf dem fünften Platz. Die wichtigsten Exportländer sind Deutschland, Schweiz, Japan und Großbritannien.

#### Mit Rahmenplan zufrieden

Kein Problem hat Reisner – ebenso wie ÖBB-Chef Andreas Matthä – mit dem von 2018 bis 2023 geltenden Finanzplan der Regierung für die Staatsbahn. Zwar gebe es Kürzungen gegenüber dem bisherigen Rahmenplan, aber über einen so langen Zeitraum „sind ein paar hundert Millionen Euro weniger egal“, sagte Reisner. „Das ist Jammern auf hohem Niveau.“

Für Matthä ist das vorgesehene Budget ein „starkes Bekenntnis zur Bahn“. Es komme zwar zu Verzögerungen, aber das System sei nicht infrage gestellt. Matthä rechnete vor, dass die 13,9 Milliarden Euro über sechs Jahre im Schnitt 2,3 Milliarden pro Jahr entsprächen und damit mehr Geld als in den vergangenen sechs Jahren zur Verfügung stehe. Besonders wichtig sei nun der Ausbau der Südbahnstrecke.

Zu der am Dienstag präsentierten Klimastrategie hieß es, man sei froh, dass das System Bahn ein wichtiger Teil davon sei. Matthä geht davon aus, dass die Klimaziele der Regierung im Verkehrsbereich ohne Bahn nicht erreichbar sind. Für die notwendige Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene müsse man die Bahn attraktiver machen. Immerhin, so Matthä, sei sie im Personentransport 14 Mal klimafreundlicher als Pkw, im Gütertransport 15 Mal klimafreundlicher als Lkw und 28 Mal klimafreundlicher als Flugzeuge.

Die Bahnindustrie setzt jährlich 3,1 Milliarden Euro um

*Bild: apa/Herbert Pfarrhofer*

Die Wirtschaftskammer Wien benötigt Büroausstattung

Seite 26

Die Lukoil International GmbH setzt das Stammkapital herab

Seite 27

Der Verbund ergänzt die Tagesordnung der 71. Hauptversammlung

Seite 27



## Bahnindustrie klagt über zunehmende Konkurrenz aus China

Branche fordert Nachschärfung des Bestbieterprinzips: Bei Ausschreibungen sollten Angebote 70 Prozent EU-Anteil haben.

**Wien.** (kle) Die heimische Bahnindustrie sieht sich mehr und mehr von chinesischer Konkurrenz bedrängt. Dies stelle die Branche vor „enorme Herausforderungen“, betonte Verbandspräsident Manfred Reisner am Mittwoch. Gut 20.000 Arbeitsplätze, die ihr direkt und indirekt zuzurechnen seien, stünden auf dem Spiel. Ein dringliches Anliegen der Bahnindustrie zielt daher auf die Nachschärfung des seit März 2016 bestehenden Bestbieterprinzips. Zumal gerade der öffentlichen Hand als Auftraggeber besondere Bedeutung zukomme, so Reisner.

Aus Sicht der Branche wird das Bestbieterprinzip – also die Vergabe an das qualitativ beste und nicht unbedingt kostengünstigste Angebot – noch nicht ausreichend umgesetzt. Konkret fordert die Bahnindustrie, die mit mehr als 9000 Beschäftigten jährlich 3,1 Milliarden Euro erlöst, einen EU-Wertschöpfungsanteil von zumin-

dest 70 Prozent. Somit sollten Angebote im Zuge eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens ausgeschieden werden, wenn der außereuropäische Wertschöpfungsanteil bei mehr als 30 Prozent liegt. „Es geht darum, Produktion und Wertschöpfung langfristig in Europa – respektive Österreich – zu halten“, sagte Reisner vor Journalisten. Die USA hätten bereits Regelungen, wonach der US-Anteil bei öffentlichen Aufträgen 70 Prozent betragen muss.

### Kann-Bestimmung zahnlos

Die aktuelle Forderung der Bahnindustrie ist freilich als protektionistisch einzustufen. Ob der Gesetzgeber dabei mitspielen würde, ist unklar. Derzeit ist es so, dass in Österreich in Übereinstimmung mit EU-Recht Angebote abgelehnt werden können, wenn der europäische Wertschöpfungsanteil unter 50 Prozent liegt. Wobei dies jedoch nur eine Kann-Bestimmung

und keine Muss-Bestimmung sei, wie Reisner zu bedenken gab. Die Bahnindustrie drängt daher nicht nur auf eine Ausweitung des EU-Anteils auf 70 Prozent, sondern

Die Bahnindustrie setzt jährlich

3,1

Milliarden Euro um

auch darauf, dass der Artikel 270 im österreichischen Bundesvertragsgesetz zu einer Muss-Bestimmung umformuliert wird.

Ihre breit gefasste Produktpalette reicht unter anderem von Schienen und Weichen über elektrische Antriebe, Fahrwerke, Reisezugwagen, U-Bahn- und Straßenbahnzüge bis hin zu Sicherheits-, Leit- und Kommunikations-

systemen. Schlüsselkunden sind die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und die Wiener Linien. Laut Reisner beträgt die Exportquote 70 Prozent des Umsatzes. Bei der Ausfuhr bahnbbezogener Schienenfahrzeuge und zugehöriger Ausrüstungen sei Österreich damit weltweit auf dem fünften Platz. Die wichtigsten Exportländer sind Deutschland, Schweiz, Japan und Großbritannien.

### Mit Rahmenplan zufrieden

Kein Problem hat Reisner – ebenso wie ÖBB-Chef Andreas Matthä – mit dem von 2018 bis 2023 geltenden Finanzplan der Regierung für die Staatsbahn. Zwar gebe es Kürzungen gegenüber dem bisherigen Rahmenplan, aber über einen so langen Zeitraum „sind ein paar hundert Millionen Euro weniger egal“, sagte Reisner. „Das ist Jammern auf hohem Niveau.“

Für Matthä ist das vorgesehene Budget ein „starkes Bekenntnis

zur Bahn“. Es komme zwar zu Verzögerungen, aber das System sei nicht infrage gestellt. Matthä rechnete vor, dass die 13,9 Milliarden Euro über sechs Jahre im Schnitt 2,3 Milliarden pro Jahr entsprächen und damit mehr Geld als in den vergangenen sechs Jahren zur Verfügung stehe. Besonders wichtig sei nun der Ausbau der Südbahnstrecke.

Zu der am Dienstag präsentierten Klimastrategie hieß es, man sei froh, dass das System Bahn ein wichtiger Teil davon sei. Matthä geht davon aus, dass die Klimaziele der Regierung im Verkehrsbereich ohne Bahn nicht erreichbar sind. Für die notwendige Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene müsse man die Bahn attraktiver machen. Immerhin, so Matthä, sei sie im Personentransport 14 Mal klimafreundlicher als Pkw, im Gütertransport 15 Mal klimafreundlicher als Lkw und 28 Mal klimafreundlicher als Flugzeuge. ■

### Kurz notiert

**Banken.** In der heimischen Kreditwirtschaft steigen die kollektivvertraglichen Mindestgehälter rückwirkend mit 1. April um 2,45 Prozent, dazu kommt ein Fixbetrag von 9 Euro. In Summe ergibt der Abschluss eine durchschnittliche Gehaltssteigerung von 2,76 Prozent. Österreichs Banken wiesen 2017 zusammen 6,6 Milliarden Euro Gewinn aus (plus 31,7 Prozent) und beschäftigten rund 73.700 Mitarbeiter. In den vergangenen zwei Jahren sind 1300 Bankarbeitsplätze weggefallen. Der Vizegouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Andreas Ittner, geht von weiteren Streichungen aus.

**BKS.** Die BKS Bank mit Sitz in Klagenfurt hat 2017 den Konzernüberschuss um 47,2 Prozent auf 68 Millionen Euro gesteigert. Das war laut Vorstandschefin Herta Stockbauer das beste Ergebnis der Unternehmensgeschichte.

**Immofinanz.** Die Immofinanz hat das Konzernergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen – also ohne das verkaufte Russland-Geschäft – 2017 ins Plus drehen können, von 147,4 Millionen Verlust auf positive 181 Millionen Euro. Das operative Ergebnis legte von 74,5 Millionen auf 107,6 Millionen Euro zu, gab die Immofinanz am Mittwochabend bekannt.

## Klare Regeln für Finanzdienstleister

Finanzminister Löger beruft Expertenbeirat ein, der Vorschläge ausarbeiten soll.

**Wien.** Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) will die boomende Branche junger neuer Finanzdienstleister nicht am Wachstum hindern, jedoch Spielregeln aufstellen, um Datenschutz und Anlegerschutz sicherzustellen. Löger hat daher einen Beirat einberufen. Dieser soll Vorschläge ausarbeiten, um „diesen neuen Markt geregelt zu stimulieren.“

Der Fintech-Beirat soll alle zwei Monate tagen. Darin kommen Praktiker aus betroffenen Firmen, aber auch Vertreter der

beiden Regulierungsbehörden Nationalbank und Finanzmarktaufsicht zusammen.

Abgesehen von Maßnahmen in Österreich werde man auch die europäische und internationale Ebene im Auge behalten, sagte Löger am Mittwoch unmittelbar vor der ersten Beiratssitzung. Es gehe aber nicht um ein „Eldorado für Regulierungsfetischisten“, sondern um eine Grundlage für das Wachstum der jungen Branche. „Wachstum geht über Regulierung“, so Löger. Auch internatio-

nale Start-ups sollen damit motiviert werden, nach Österreich zu kommen.

Löger hat bereits bei der Ankündigung im Februar erste thematische Weichenstellungen vorgenommen. Diese Vorschläge sollen nun vom Fintech-Beirat diskutiert und verfeinert werden. Dazu gehören vorrangig die Schaffung eines neuen Prospektrechts für Initial Coin Offerings (ICOs) sowie die Regulierung von Kryptowährungen ähnlich wie bei Gold oder Derivaten. ■

APA-JOURNAL Engineering vom 04.04.2018 Von: tsk/kan

## Bahnindustrie will bei Ausschreibungen 70 Prozent EU-Anteil

Wien (APA) - Die heimische Bahnindustrie möchte bei Ausschreibungen nicht nur das Bestbieterprinzip verstärken, also mindestens zwei andere Kriterien neben dem Preis berücksichtigt wissen. Zusätzlich sollen Angebote ausgeschieden werden, wenn mehr als 30 Prozent von außerhalb der EU stammen, forderte Manfred Reisner, Präsident des Verbandes der Bahnindustrie, am Mittwoch in einer Pressekonferenz in Wien.

Schon jetzt können in Übereinstimmung mit EU-Recht Angebote abgelehnt werden, wenn nicht zumindest die Hälfte innerhalb der EU produziert wurde. Diese "kann"-Bestimmung sollte in eine "muss"-Bestimmung umgewandelt werden, wünscht sich Reisner - und sollte auf 70 Prozent EU-Anteil erhöht werden. In den USA gebe es bereits Bestimmungen, wonach 70 Prozent aus den USA stammen müssen.

Zufrieden ist Reisner, ebenso wie ÖBB-Chef Andreas Matthä hingegen mit dem Finanzplan für die Bahn für die kommenden Jahre. Die Kürzungen seien "Jammern auf hohem Niveau", sagten beide. Über einen so langen Zeitraum "sind ein paar hundert Millionen Euro weniger egal", denn das Bahngeschäft sei ein Projektgeschäft, da komme es immer wieder zu Verzögerungen. "Es hätte viel schlimmer kommen können", so Reisner.

Und auch Matthä verwies darauf, dass die neue Bundesregierung ja auch die Finanzmittel deutlich kürzen hätte können. Das vorgesehene Budget sei ein starkes Bekenntnis zur Bahn. Es komme zwar zu Verzögerungen, aber das System sei nicht in Frage gestellt. Matthä rechnete vor, dass die 13,9 Mrd. Euro über sechs Jahre im Schnitt 2,3 Mrd. pro Jahr entspräche und damit mehr als in den vergangenen sechs Jahren zur Verfügung stünden.

Besonders wichtig sei nun der Ausbau der Südbahnstrecke. Auf der Westbahn habe die Attraktivierung des Angebots dazu geführt, dass praktisch alle Züge voll sind. Auf der Südbahn hingegen "brauchst du heute schon einen besonderen Humor, wenn du über den Semmering fährst und weißt, mit dem Bus wäre ich schon zu Hause". Entsprechend wichtig sei der Ausbau ab der tschechischen Grenze inklusive Semmering- und Koralmtunnel.

Die Bahn müsse in Infrastruktur, neue Züge und Digitalisierung investieren. Selbstfahrende Züge ohne Lokführer sieht Matthä aber in naher Zukunft nicht kommen: "Ich bin skeptisch, dass unsere Kunden ganz tiefenentspannt sind, wenn niemand am Zug ist, der das Unternehmen repräsentiert." Aber das Berufsbild des Lokführers werde sich sicher verändern.

Auch bei der gestern, Dienstag, vorgestellten Klimastrategie der Bundesregierung sei die Bahn bzw. die Bahnindustrie sehr gut weggekommen, so Angela Berger, Geschäftsführerin des Verbandes der Bahnindustrie. In drei der zehn Leuchtturmprojekte haben schienengebundene Fahrzeuge einen Platz: Beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere in den Städten, bei der Elektromobilität im Rahmen der Elektrifizierung der Bahn und bei der effizienten Verkehrslogistik, wo die Bahn eine wichtige Rolle spielen müsse. Hier will die Bahnindustrie noch ausdrücklich die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene hineinurgieren. Auch mehr Kostenwahrheit zwischen den Verkehrsträgern würde der Bahn helfen, glaubt Berger.

Auch Matthä geht davon aus, dass die Klimaziele der Regierung im Verkehrsbereich ohne Bahn nicht erreichbar sind. Für die nötige Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene müsse die Bahn attraktiver gemacht werden. Immerhin sei sie im Personentransport 14 mal klimafreundlicher als Pkws und 28 mal klimafreundlicher als Flugzeuge sowie im Gütertransport 15 mal klimafreundlicher als Lkws.

Die österreichische Bahnindustrie beschäftigt laut Reisner 9.000 Mitarbeiter direkt, inklusive indirekten Jobs seien es 20.000 Jobs. Drei Mrd. Euro Umsatz werden erwirtschaftet, davon 70 Prozent im Export - 30 Prozent der Aufträge kommen von österreichischen öffentlichen Auftraggebern. Österreich sei in absoluten Zahlen weltweit die Nummer fünf.

(Schluss) tsk/kan

"Verkehr" Nr. 15/2018 vom 13.04.2018 Seite 12 Ressort: ENDSEITE

EVENTS

## Die Bahnindustrie verlangt faire Wettbewerbsbedingungen

Die Konkurrenz der österreichischen bzw. europäischen Bahnindustrie kommt aus China und gegen diese will man sich wappnen. "Unser Ziel ist, auf europäischer Ebene für faire Rahmenbedingungen in der Handelspolitik zu sorgen", erklärte Manfred Reisner (seit Beginn dieses Jahres der neue Präsident des Verbandes der Bahnindustrie) beim Jahresempfang der heimischen Bahnindustrieunternehmen. Erstens geht es der Branche darum, dass international die gleichen Wettbewerbsbedingungen gelten sollen. Wenn Bahnfirmen aus Drittländern, wie beispielsweise China, europäische Kunden beliefern, wollen europäische Industrieunternehmen umgekehrt auch nach China liefern dürfen. Das ist derzeit allerdings nicht möglich, weil Chinas Markt gegenüber der europäischen Industrie abgeschottet ist. Weiters fordert der Verband, dass bei öffentlichen Vergaben strengere Maßstäbe angelegt werden. Derzeit können in der EU bei Ausschreibungen Angebote ausgeschieden werden, wenn 50 Prozent des Produkts aus einem Drittstaat kommen. Dazu ist allerdings kein Auftraggeber derzeit verpflichtet. Auch in Österreich gilt nur diese Empfehlung, deren Einhaltung rechtlich nicht verbindlich ist. Diese Kann- Bestimmung in eine Muss- Bestimmung umzuformulieren, ist eine zentrale Forderung des Verbandes. Rund 9.000 Menschen arbeiten in der österreichischen Bahnindustrie, die einen Umsatz von drei Milliarden Euro erwirtschaftet. Etwa 70 Prozent ihrer Produkte werden weltweit exportiert. Damit rangiert Österreich unter den Top-5-Exportländern weltweit.

*Österreichs Bahnindustrie will Wertschöpfung im eigenen Land sicherstellen. Damit dies optimal gelingt, seien Änderungen in der Politik und Gesetzgebung notwendig.*

BERND WINTER

wünsche an die politik

Mario Rohrer, Generalsekretär GSV, Plattform für Mobilität:

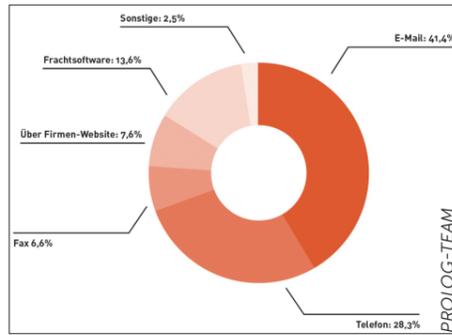


Die Regierung wird gut beraten sein, die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur als Standortvorteil und Wettbewerbsfaktor anzuerkennen und entsprechende Projekte zügig umzusetzen. Vorrangig ist das Projekt Lobautunnel voranzutreiben. Österreich muss seine Rolle hinsichtlich Chinas „Neuer Seidenstraße“ finden und den Raum Wien als Logistik-Hub ins Spiel bringen. Alle Bestrebungen der Ertüchtigung unseres Verkehrspotentials werden nur fruchten, wenn es der Regierung gelingt, Verfahrensprozedere bei Infrastrukturprojekten wieder zu reduzieren. Bei den Staatszielen müssen sich Umwelt, Wirtschaft und Technologie die Waage halten.

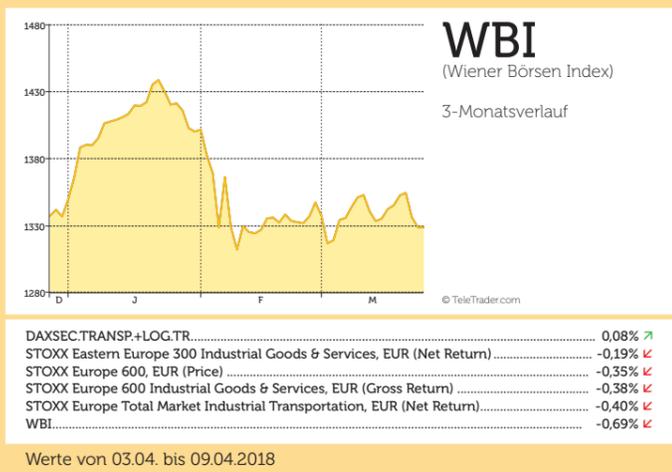
Wussten Sie, dass ...

... Transportanfragen oft ins Leere laufen?

Speditionen müssen in kürzester Zeit auf Anfragen reagieren und ein tagespreisaktuelles Angebot abgeben. Dabei gilt es, den administrativen Aufwand möglichst gering zu halten. Ein effizientes Handling von Transportanfragen setzt daher ein intelligentes Prozessmanagement voraus. Die Logistikberatung Prolog-Team hat im Auftrag von Conloxx, Experte für digitale Prozesse in der Transportlogistik, 90 mittelständische Unternehmen zu ihrem Tagespreismanagement in puncto Anfragen befragt. 20 Prozent der Unternehmen gaben an, dass die Verantwortung hinsichtlich der Transportangebote intern nicht klar definiert ist. „Hier ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich niemand für eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Bearbeitung der Transportanfragen verantwortlich fühlt und diese daher ins Leere laufen“, weiß Thomas Selbach, Geschäftsführer von Conloxx. Mehr als 70 Prozent der Unternehmen erhalten Transportanfragen via Telefon, Fax oder E-Mail. Lediglich jedes siebte Unternehmen verwendet Frachtsoftware. Die Implementierung eines Frachtvergabesystems für Tagespreise würde sich daher empfehlen.



AKTUELLE BÖRSENINDIZES



SCHNELL AKTUELL

KAPAZITÄTserweiterung im Hafen Rotterdam

Der Hafenbetrieb Rotterdam erteilt einem Konsortium aus Bauunternehmen den Auftrag zum Bau des Unterbaus für die Theemswegtrasse. Der Auftrag umfasst den Bau einer erhöhten Bahnbrücke mit einer Länge von vier km. Die Arbeiten beginnen heuer und werden 2020 abgeschlossen sein. Der Auftrag ist ein Teilprojekt der Anlegung der Theemswegtrasse. Damit sollen weitere Kapazitäten geschaffen und Engpässe vermieden werden.

EKOL BAUT INTERMODAL-TRANSPORT AUS

Ekol hat eine neue Zugverbindung von Sète in Frankreich nach Seebrügge in Belgien eingeführt. Mit diesem Schritt will das Unternehmen Frankreich, die Benelux-Staaten, Schweden und das Vereinigte Königreich mit Südeuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und dem Maghreb verbinden. Der neue Zug wird zwei Mal pro Woche verkehren. Zeitgleich hat Ekol die Zahl der Schiffsverbindungen zwischen Frankreich und der Türkei auf zwei pro Woche erhöht.

SEGRO ERWEITERT AIRPORT PARK BERLIN

Segro erweitert den bestehenden Airport Park Berlin um weitere rund 17.000 m<sup>2</sup> Logistikfläche. Die spekulativ errichteten Logistikflächen lassen sich in Größen ab 4.500 m<sup>2</sup> teilen und werden neben Lagerflächen über hochwertige Büro- und Sozialflächen verfügen. Zudem werden ausreichend Lkw- und Pkw-Parkplätze bereitgestellt. Planmäßiger Beginn der Bauarbeiten ist April 2018. Die Fertigstellung der Flächen ist für Ende 2018 geplant.

TERMINNE

TRA – Transport Research Arena 2018

16. bis 19. April 2018 / Wien  
Veranstalter: bmvit, AIT, AustriaTech



13. Trans Russia

17. bis 19. April 2018 / Moskau  
Veranstalter: ITE Exhibitions

CeMAT Hannover

23. bis 27. April 2018 / Hannover  
Veranstalter: Deutsche Messe

Supply Management 2018

26. April 2018 / Kapfenberg  
Veranstalter: VNL

Breakbulk Europe 2018

29. bis 31. Mai 2018 / Bremen  
Veranstalter: ITE Group

Alle Termine: [www.verkehr.co.at/termine](http://www.verkehr.co.at/termine)

EVENTS

Die Bahnindustrie verlangt faire Wettbewerbsbedingungen

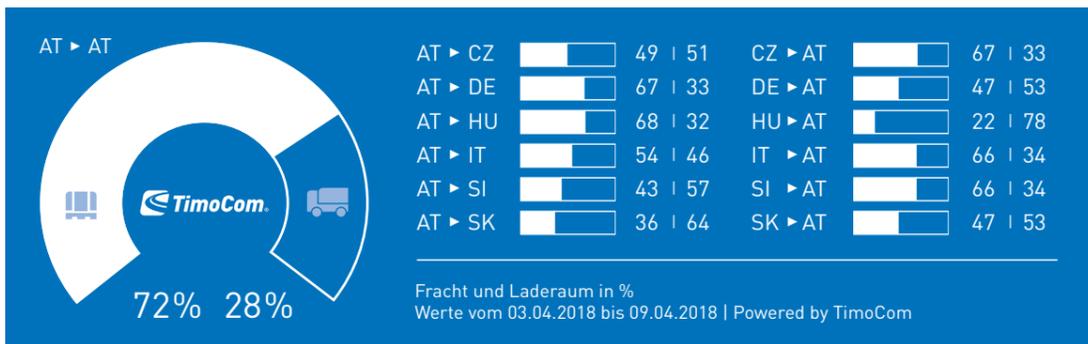


Österreichs Bahnindustrie will Wertschöpfung im eigenen Land sicherstellen. Damit dies optimal gelingt, seien Änderungen in der Politik und Gesetzgebung notwendig.

Die Konkurrenz der österreichischen bzw. europäischen Bahnindustrie kommt aus China und gegen diese will man sich wappnen. „Unser Ziel ist, auf europäischer Ebene für faire Rahmenbedingungen in der Handelspolitik zu sorgen“, erklärte Manfred Reisner (seit Beginn dieses Jahres der neue Präsident des Verbandes der Bahnindustrie) beim Jahresempfang der heimischen Bahnindustrieunternehmen. Erstens geht es der Branche darum, dass international die gleichen Wettbewerbsbedingungen gelten sollen. Wenn Bahnfirmen aus Drittländern, wie beispielsweise China, europäische Kunden beliefern, wollen europäische Industrieunternehmen umgekehrt auch nach China liefern dürfen. Das ist derzeit allerdings nicht möglich, weil Chinas Markt gegenüber der europäischen Indus-

trie abgeschottet ist. Weiters fordert der Verband, dass bei öffentlichen Vergaben strengere Maßstäbe angelegt werden. Derzeit können in der EU bei Ausschreibungen Angebote ausgeschrieben werden, wenn 50 Prozent des Produkts aus einem Drittstaat kommen. Dazu ist allerdings kein Auftraggeber derzeit verpflichtet. Auch in Österreich gilt nur diese Empfehlung, deren Einhaltung rechtlich nicht verbindlich ist. Diese Kann-Bestimmung in eine Muss-Bestimmung umzuformulieren, ist eine zentrale Forderung des Verbandes. Rund 9.000 Menschen arbeiten in der österreichischen Bahnindustrie, die einen Umsatz von drei Milliarden Euro erwirtschaftet. Etwa 70 Prozent ihrer Produkte werden weltweit exportiert. Damit rangiert Österreich unter den Top-5-Exportländern weltweit.

MARKTBAROMETER



DIGITAL SERVICES

Tägliche News auf [www.verkehr.co.at](http://www.verkehr.co.at) und auf [www.facebook.com/Verkehr.Wochenzeitung](https://www.facebook.com/Verkehr.Wochenzeitung)



*"Wiener Wirtschaft" Nr. 16/2018 vom 19.04.2018 Seite 21 Ressort: Insolvenzen Von: (esp)*

## Bahnindustrie will höheren EU-Anteil bei Vergaben

Der heimischen Bahnindustrie macht die Konkurrenz aus China immer stärker zu schaffen. Die Europäische Union (EU) müsse deshalb einen Rahmen schaffen, damit europäische Betriebe ebenso ungehinderten Zugang zu asiatischen Märkten erhalten, fordert der Verband der Bahnindustrie, der 25 Unternehmen mit mehr als 9000 Beschäftigten vertritt. Außerdem müsse der Wertschöpfungsanteil aus der EU bei öffentlichen Aufträgen auf 70 Prozent erhöht werden, sagte Verbandspräsident Manfred Reisner bei einer Pressekonferenz Anfang April. Und die derzeitige Möglichkeit im österreichischen Vergaberecht, Aufträge mit einem Drittstaaten-Anteil von mehr als 50 Prozent abzulehnen, müsse von der Kann-zur Muss-Bestimmung werden.

Das kürzlich präsentierte Vergaberechtspaket der österreichischen Regierung mit der Stärkung des Bestbieterprinzips und der geplanten Einführung von Innovationspartnerschaften zwischen öffentlichen Auftraggebern und privaten Unternehmen begrüßte er als "Schritt in die richtige Richtung", die bessere Berücksichtigung preisfremder Kriterien und die Definition von Qualitätsindikatoren stünden aber weiterhin aus.



YewLoon Lam/shutterstock.com

# Ungeziefer im Visier

**Ob drinnen oder draußen - die Wiener Schädlingsbekämpfer nehmen den Kampf mit jedem Ungeziefer auf. Ihre neue Website hilft, die ungebetenen Gäste zu identifizieren und wirksame Maßnahmen zu ergreifen.**

Nicht nur für Freiluftfreunde, auch für die Schädlingsbekämpfer startet im Frühling die Hochsaison. Denn da beginnt wieder der Kampf gegen Outdoor-Ungeziefer wie Wespen, Hornissen und Pflanzenschädlinge. Aber auch Schädlinge, die sich im Haus wohler fühlen, laufen jetzt zur Hochform auf. Zwar kämpfe man das ganze Jahr gegen Küchenschaben in der Küche, Bettwanzen im Schlafzimmer und Silberfischchen in der Vorratskammer. Wärme und hohe Luftfeuchtigkeit lassen die Populationen aber sprunghaft ansteigen, sagt Marianne Jäger, erfahrene Schädlingsbekämpferin und Sprecherin der rund 60 Wiener Branchenbetriebe. „Je wärmer und feuchter das Wetter, desto mehr haben wir zu tun.“

Ob man bei Ameisen im Wohnzimmer oder Mäuse Spuren im Keller gleich den Experten holt, hänge vom persönlichen Empfinden ab, sagt Jäger. Gerade bei Ameisen - grundsätzlich wichtige Nützlinge - rät sie zu einem Versuch mit Hausmitteln. „Die Ameisenstraße mit Essigwasser zu wischen, hilft oft schon, weil es die Duftmarken zerstört, die die Arbeiterinnen setzen. So bringt man die Tiere weg, ohne ihr Nest zu zerstören“, weiß die Expertin.

In anderen Fällen rät sie von Eigenexperimenten ab, bei Küchenschaben oder Bettwanzen etwa. „Ohne professionelle Hilfe wird man die nicht mehr los.“ Eine neue Homepage der Wiener Schädlingsbekämpfer hilft bei der Identifizierung von Schädlingen und informiert, was zu tun ist und wann auf jeden Fall der Profi ausrücken muss. Dieser weiß auch,

wie man mit bislang in unseren Breiten unbekanntem Schädlingen umgeht, etwa der in den letzten Jahren eingeschleppten asiatischen Tigermücke - eine Folge von globalisiertem Handel und Tourismus, sagt Jäger.

## Immer weniger Wirkstoffe werden in Europa zugelassen

Sorgen macht sich Jäger, weil ihrer Branche immer weniger Wirkstoffe zur Schädlingsbekämpfung zur Verfügung stehen. Der Grund ist die Registrierungspflicht für alle Produkte, die auf europäischem Boden verkauft werden. Diese Registrierung ist aufwändig und sehr

teuer, sagt Jäger. „Ein Hersteller, der 20 Produkte im Angebot hat, macht das vielleicht nur für sieben.“ So werde die Produktpalette immer schmaler und es werde schwieriger, Resistenzen vorzubeugen, die die Schädlinge leider gerne entwickeln.

Aus ähnlichen Gründen sieht es die Berufsgruppenobfrau mit gemischten Gefühlen, dass bestimmte Rattenköder in Österreich seit 1. März nicht mehr an Private verkauft werden dürfen. Wird dann mit den erlaubten, weniger wirksamen Mitteln herumprobiert, bestehe die Gefahr, dass die Ratten überleben und Resistenzen gleich gegen eine Reihe von Wirkstoffen entwickeln. Andererseits würden die Menschen jetzt vielleicht besser überlegen, wie sie Ratten von vornherein fernhalten. „Und die Köder bleiben in den Händen der Profis, die wissen, wie man damit umgeht“, so Jäger. (esp)

[www.schaedlingshilfe.at](http://www.schaedlingshilfe.at)



Foto Wikke

**„Unsere Konjunktur wird vom Wetter bestimmt.“**

Marianne Jäger, Branchensprecherin

## Bahnindustrie will höheren EU-Anteil bei Vergaben

Der heimischen Bahnindustrie macht die Konkurrenz aus China immer stärker zu schaffen. Die Europäische Union (EU) müsse deshalb einen Rahmen schaffen, damit europäische Betriebe ebenso ungehinderten Zugang zu asiatischen Märkten erhalten, fordert der Verband der Bahnindustrie, der 25 Unternehmen mit mehr als 9000 Beschäftigten vertritt. Außerdem müsse der Wertschöpfungsanteil aus der EU bei öffentlichen Aufträgen auf 70 Prozent erhöht werden, sagte Verbandspräsident Manfred Reisner bei einer Pressekonferenz Anfang April. Und die derzeitige Möglichkeit im österreichischen Vergaberecht, Aufträge mit einem Drittstaaten-Anteil von mehr als 50 Prozent abzulehnen, müsse von der Kann- zur Muss-Bestimmung werden.

Das kürzlich präsentierte Vergaberechtspaket der österreichischen Regierung mit der Stärkung des Bestbieterprinzips und der geplanten Einführung von Innovationspartnerschaften zwischen öffentlichen Auftraggebern und privaten Unternehmen begrüßte er als „Schritt in die richtige Richtung“, die bessere Berücksichtigung preisfremder Kriterien und die Definition von Qualitätsindikatoren stünden aber weiterhin aus. (esp)

## Berufe, die ein Hammer sind

Parkettboden legen, pflastern, tapezieren: An den „Hammerlehre“-Infotagen in der Berufsschule Bau (22., Wagramer Straße 65) können Jugendliche, die vor der Berufswahl stehen, sieben verschiedene Lehrberufe ausprobieren. Dazu gibt es Berufsinformation, ein Gewinnspiel und die Möglichkeit, Bewerbungen abzugeben und Kontakt mit Unternehmern zu knüpfen. Die „Hammerlehre“-Infotage finden am 28. April und am 5. Mai statt. Veranstalter sind die Wiener Innungen der Bauhilfsgewerbe sowie der Maler und Tapezierer. [www.hammerlehre.at](http://www.hammerlehre.at)

"Wirtschaftsnachrichten" Nr. 04/2018 vom 09.04.2018 Seite 53 Ressort: Meinung Donauraum

## Bestbieter statt Billigbieter

### **Österreichs Bahnindustrie plädiert für Auftragsvergaben nach dem Bestbieter-statt Billigstbieterprinzip. Neuer Präsident und neue Geschäftsführerin managen den Verband der Bahnindustrie.**

Beim österreichischen Verband der Bahnindustrie gab es zu Jahresbeginn einen Personalwechsel. Als neuer Präsident des Verbandes agiert Manfred Reisner, Geschäftsführer von Knorr Bremse in Österreich, sowie Angela Berger als Geschäftsführerin der Verbandes. Der Verband hat aktuell 24 Mitglieder aus dem gesamten Bereich der Bahnindustrie, die jährlich mit 9.000 direkt beschäftigten Mitarbeitern einen Umsatz von drei Milliarden Euro generiert. Indirekt sind noch weitere 21.000 Menschen im Umfeld der Bahnindustrie beschäftigt und tragen dazu bei, dass Bahnprodukte "made in Austria" weltweit gefragt sind. Bei 70 Prozent liegt die Exportrate dieses Industriezweigs, der sich mit der Chemie- und Papierindustrie in diesem Land messen kann, wie Reisner betont. Vom inländischen Umsatz kommt die Hälfte der Aufträge vom größten heimischen Mobilitätsanbieter, nämlich den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Sie sind nicht nur willkommener Kunde der Industrie, sondern umgekehrt auch ein wichtiger Referenzkunde für die Bahnindustriunternehmen, die bei den ÖBB ihre Produkte vorzeigen können. Neben ÖBB gelten noch die Schweizerische Bundesbahnen und die Deutsche Bahn als bedeutende Referenzadressen von Europas Bahnindustrie.

Nicht der Preis ist das Maß aller Dinge Ein Thema, dass die österreichische und auch die europäische Bahnindustrie beschäftigt, ist das der Vergabepolitik der öffentlichen Auftraggeber. Rund 60 Prozent der Aufträge an die Industrie werden hierzulande nach dem Bestbieterprinzip vergeben, sprich neben dem Preis als Maß aller Dinge werden bei der Vergabe auch die Leistungsfähigkeit des Anbieters, seine Assets und wirtschaftliche Performance berücksichtigt. Bei 80 bis 85 Prozent der Einkäufe in der Industrie bestimmt der Preis die Vergabe, werden in diesen Fällen nach dem Billigstbieterprinzip Aufträge vergeben, wobei freilich nur öffentliche Auftraggeber auch öffentlich ausschreiben müssen, nicht aber private Auftraggeber. Bei der letzten Novelle zum Vergaberecht wurde das Bestbieterprinzip bei öffentlichen Auftragsvergaben zwar gestärkt, doch so wirklich ist die Bahnindustrie noch nicht. Wünschenswert wäre eine Steigerung der Vergaben nach dem Bestbieterprinzip auf 100 Prozent. Die Appell von Reisner: "Das Bestbieterprinzip sollte in Österreich stärker verankert werden." Bestimmt der Preis die Entscheidung, dann haben Konkurrenten, beispielsweise aus China, oft die besseren Karten. Die chinesische Eisenbahnindustrie ist doppelt so groß wie der Konzern, der aus der Fusion von Alstom und Siemens im Bahnbereich gerade im Entstehen ist.

Die Konkurrenz für Europas Industrie kommt aus China Chinesische Bahnprodukte sind häufig um 30 Prozent billiger als europäische. Dazu kommt, dass für Europas und auch Österreichs Bahnindustrie der chinesische Bahnmarkt in nur sehr bescheidenem Maße zu unter 20 Prozent zugänglich ist. Währenddessen können chinesische Bahnverkäufer in großem Stil in Europa und in den USA ihre Produkte anbieten, sind die Märkte bis zu 80 Prozent für Chinas Mitbewerber offen. In Amerika gilt zwar die Auflage, dass ausländische Anbieter mindestens 70 Prozent der Wertschöpfung im Land generieren müssen. Was Chinas Bahnindustrie nach gewonnenen Aufträgen für U-Bahnen in den USA motiviert, ebendort Fabriken aus dem Boden zu stampfen, um die 70-Prozent-Regel einzuhalten. In Europa gibt es die EU-Empfehlung, dass die Wertschöpfung bei rund 50 Prozent im jeweiligen Land liegen sollte, in das die Produkte verkauft werden. "Wenn ausländische Anbieter ihre an österreichische Kunden verkauften Produkte hierzulande produzieren, würden wir das entspannter sehen", so der Verbandspräsident. Ü

*Angela Berger (li) und Manfred Reisner (re) repräsentieren seit Jahresbeginn den Verband der Bahnindustrie Österreichs.*

*Foto: Bahnindustrie*





Angela Berger (li) und Manfred Reisner (re) repräsentieren seit Jahresbeginn den Verband der Bahnindustrie Österreichs.

Foto: Bahnindustrie

## Bestbieter statt Billigbieter

Österreichs Bahnindustrie plädiert für Auftragsvergaben nach dem Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip. Neuer Präsident und neue Geschäftsführerin managen den Verband der Bahnindustrie.

Beim österreichischen Verband der Bahnindustrie gab es zu Jahresbeginn einen Personalwechsel. Als neuer Präsident des Verbandes agiert Manfred Reisner, Geschäftsführer von Knorr Bremse in Österreich, sowie Angela Berger als Geschäftsführerin der Verbandes. Der Verband hat aktuell 24 Mitglieder aus dem gesamten Bereich der Bahnindustrie, die jährlich mit 9.000 direkt beschäftigten Mitarbeitern einen Umsatz von drei Milliarden Euro generiert. Indirekt sind noch weitere 21.000 Menschen im Umfeld der Bahnindustrie beschäftigt und tragen dazu bei, dass Bahnprodukte „made in Austria“ weltweit gefragt sind. Bei 70 Prozent liegt die Exportrate dieses Industriezweigs, der sich mit der Chemie- und Papierindustrie in diesem Land messen kann, wie Reisner betont. Vom inländischen Umsatz kommt die Hälfte der Aufträge vom größten heimischen Mobilitätsanbieter, nämlich den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB). Sie sind nicht nur willkommener Kunde der Industrie, sondern umgekehrt auch ein wichtiger Referenzkunde für die Bahnindustriunternehmen, die bei den ÖBB ihre Produkte vorzeigen können. Neben ÖBB gelten noch die Schweizerische Bundesbahnen und die Deutsche Bahn als bedeutende Referenzadressen von Europas Bahnindustrie.

### Nicht der Preis ist das Maß aller Dinge

Ein Thema, das die österreichische und auch die europäische Bahnindustrie beschäftigt, ist das der Vergabepolitik der öffentlichen Auftraggeber. Rund 60 Prozent der Aufträge an die Industrie werden hierzulande nach dem Bestbieterprinzip vergeben, sprich neben dem Preis als Maß aller Dinge werden bei der Vergabe auch die Leistungsfähigkeit des Anbieters, seine Assets und wirtschaftliche Performance berücksichtigt. Bei 80 bis 85 Prozent der Einkäufe in der Industrie bestimmt der Preis die Vergabe, werden in diesen Fällen

nach dem Billigstbieterprinzip Aufträge vergeben, wobei freilich nur öffentliche Auftraggeber auch öffentlich ausschreiben müssen, nicht aber private Auftraggeber. Bei der letzten Novelle zum Vergaberecht wurde das Bestbieterprinzip bei öffentlichen Auftragsvergaben zwar gestärkt, doch so wirklich ist die Bahnindustrie noch nicht. Wünschenswert wäre eine Steigerung der Vergaben nach dem Bestbieterprinzip auf 100 Prozent. Die Appell von Reisner: „Das Bestbieterprinzip sollte in Österreich stärker verankert werden.“ Bestimmt der Preis die Entscheidung, dann haben Konkurrenten, beispielsweise aus China, oft die besseren Karten. Die chinesische Eisenbahnindustrie ist doppelt so groß wie der Konzern, der aus der Fusion von Alstom und Siemens im Bahnbereich gerade im Entstehen ist.

### Die Konkurrenz für Europas Industrie kommt aus China

Chinesische Bahnprodukte sind häufig um 30 Prozent billiger als europäische. Dazu kommt, dass für Europas und auch Österreichs Bahnindustrie der chinesische Bahnmarkt in nur sehr bescheidenem Maße zu unter 20 Prozent zugänglich ist. Währenddessen können chinesische Bahnverkäufer in großem Stil in Europa und in den USA ihre Produkte anbieten, sind die Märkte bis zu 80 Prozent für Chinas Mitbewerber offen. In Amerika gilt zwar die Auflage, dass ausländische Anbieter mindestens 70 Prozent der Wertschöpfung im Land generieren müssen. Was Chinas Bahnindustrie nach gewonnenen Aufträgen für U-Bahnen in den USA motiviert, ebendort Fabriken aus dem Boden zu stampfen, um die 70-Prozent-Regel einzuhalten. In Europa gibt es die EU-Empfehlung, dass die Wertschöpfung bei rund 50 Prozent im jeweiligen Land liegen sollte, in das die Produkte verkauft werden. „Wenn ausländische Anbieter ihre an österreichische Kunden verkauften Produkte hierzulande produzieren, würden wir das entspannter sehen“, so der Verbandspräsident. <